

Antrag

Hannover, den 04.12.2024

Fraktion der AfD

Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität fördern - Niedersachsens und Deutschlands Landwirtschaft vor Agrarimporten von zum Teil fraglicher Qualität schützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die Verwerfungen im internationalen Handel im Zuge der Corona-Krise, aber auch die einwöchige Blockade des Suez-Kanals durch ein querstehendes Frachtschiff im März 2021 haben gezeigt, wie verwundbar Importströme nach Deutschland sind.

Besonders sensibel und geradezu existenziell würden sich solche Störungen auswirken, wenn sie unsere Versorgung mit Nahrungsmitteln betreffen.

Das Bundesinformationszentrum Landwirtschaft gibt für Deutschland die Selbstversorgungsgrade für Kartoffeln, Zucker und Fleisch zwar mit 147 % bzw. 135 % und 124 % an. Die Selbstversorgungsgrade für Milch (108 %) und Getreide (107 %) liegen dagegen nicht wesentlich über 100 %, und die für Eier (76 %), Gemüse (36 %) und Obst (26 %) zum Teil sogar sehr deutlich unter 100 %.¹ Der Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln betrug in den Jahren 2021/2022 in Deutschland insgesamt 81 %.²

Die Frage nach der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln in ausreichender Menge und guter Qualität stellt sich hierzulande bedingt durch den Ukraine-Krieg und die damit einhergehenden Spannungen aktuell mit erhöhter Dringlichkeit.

Aus sicherheitspolitischen Erwägungen und aus Gründen der allgemeinen Daseinsvorsorge erscheint ein weiteres Absinken unserer Selbstversorgungsgrade für die verschiedenen Arten von Lebensmitteln nicht hinnehmbar. Stattdessen ist eine Stärkung unserer heimischen Urproduktion geboten.

Handelsabkommen wie z. B. das sogenannte Mercosur-Abkommen zwischen der Europäischen Union und Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay setzen aufgrund der Tatsache, dass sie südamerikanischem Rinder-, Schweine- und Geflügelfleisch sowie Zucker einen zollbegünstigten Weg nach Europa ebnen würden, unsere heimischen Betriebe unter zunehmenden Konkurrenzdruck.³ Ein erheblicher Wettbewerbsnachteil entsteht ihnen dadurch, dass die Mercosur-Staaten hinsichtlich Umwelt-, Tierwohl- und Sozialstandards sehr viel niedrigere gesetzliche Vorgaben als die EU haben.⁴ So wurden z. B. bei Laboranalysen in importiertem Obst aus Brasilien neun Pestizide festgestellt, die in der EU nicht zugelassen bzw. als hochgefährlich eingestuft sind.⁵ Zudem ist ein in Brasilien in der Rindermast gängiges Wachstumshormon aufgrund seines Krebsrisikos in der EU seit 40 Jahren verboten.⁶ In der EU verboten sind außerdem 52 % der Wirkstoffe, die in Brasilien und Argentinien im Maisanbau zugelassen sind.⁷

¹ https://www.ble.de/SharedDocs/Downloads/DE/BZL/Informationsgrafiken/240222_Selbstversorgungsgrad.gif?__blob=publicationFile&v=1

² <https://www.landundforst.de/niedersachsen/kuehlschrank-bleibt-leer-grenze-selbstversorgung-ueberschritten-572301>

³ <https://www.bayerischerbauernverband.de/mercotur>

⁴ ebenda

⁵ <https://www.greenpeace.de/engagieren/nachhaltiger-leben/erschreckende-ergebnisse>

⁶ <https://www.wochenblatt-dlv.de/politik/skandal-um-hormonfleisch-eu-deckt-kontrolluecken-brasilien-578702#:~:text=So%20gibt%20es%20erhebliche%20Lücken,seit%20über%2040%20Jahren%20verboten.>

⁷ ebenda

Im Mai 2022 beschloss die EU eine Aussetzung von Einfuhrzöllen für ukrainische Waren und verlängerte diese Regelung zuletzt bis Juni 2025.⁸ In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion⁹ gab die Bundesregierung einen gegenüber den Jahren vor Ausbruch des Ukraine-Krieges zum Teil erheblich höheren Getreideexport von der Ukraine nach Deutschland an.¹⁰

Auch diese Einfuhr bedeutet Konkurrenz für die heimische Urproduktion, was das Bestehen hiesiger Betriebe am Markt erschweren kann.

Jeder landwirtschaftliche Betrieb, der in Deutschland bzw. in Niedersachsen aufgibt, verringert aber unseren Selbstversorgungsgrad. Eine steigende Abhängigkeit Deutschlands von Nahrungsmittelimporten würde außerdem verstärkt die Frage aufwerfen nach der Qualität dessen, was wir essen.

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung aufgefordert, sich bei der Bundesregierung sowie auf Ebene der Europäischen Union dafür einzusetzen,

1. dem Agrarteil des Mercosur-Abkommens - sofern zum Zeitpunkt dieses Antrags noch nicht abgestimmt - nicht zuzustimmen, solange es Zollkontingente bzw. Freihandelsquoten für Fleisch und Zucker beinhaltet,
2. sämtliche Handelsabkommen, die unserer heimischen Landwirtschaft schaden, zu stoppen und keine weiteren schädlichen abzuschließen,
3. Agrarimporte von Erzeugnissen, die auch hierzulande produziert werden könnten, nach Deutschland nur zuzulassen, wenn sie den hiesigen Umwelt-, Tierwohl- und Qualitätsstandards entsprechen, oder Instrumente und Mechanismen zu entwickeln, welche die Unterschiede zwischen internationalen und hiesigen Standards ausgleichen,
4. eine klare Herkunftskennzeichnung - auch für verarbeitete Agrarprodukte - einzuführen und
5. Strategien zu entwickeln, die unsere Urproduktion insbesondere in Bereichen mit unzureichendem Selbstversorgungsgrad stärken und ausbauen.

Begründung

Deutschland befindet sich in einem landwirtschaftlichen Gunstraum. Unsere heimischen Landwirte sind in der Lage, zu weltweit höchsten Qualitätsstandards nachhaltig Agrarerzeugnisse herzustellen.

In einer unsicherer werdenden Welt mit Warenströmen, die nicht sicher vor Verwerfungen sind, ist es dringend geboten, die Versorgung mit Lebensmitteln guter Qualität aus dem eigenen Land zu sichern und Entwicklungen, die diesem Ziel zuwiderlaufen, abzuwenden. Der zollbegünstigte Import von Agrarerzeugnissen, die in anderen Ländern zu geringeren Standards produziert worden sind, bedeutet einen gravierenden Wettbewerbsnachteil für die Lebensmittelerzeugung in Deutschland. Dies kann ein weiteres Höfesterben hierzulande bewirken und damit die Abhängigkeit vom Nahrungsmittelimport verschärfen.

Zum Zeitpunkt dieser Antragstellung ist unklar, ob, wann und in welcher Form das Mercosur-Abkommen ratifiziert wird. Frankreich, Österreich, Polen, Irland und die Niederlande stehen ihm skeptisch gegenüber.¹¹ Bei einem Gipfeltreffen am 5. und 6. Dezember 2024 in Uruguay könnte es unter bestimmten Voraussetzungen dennoch zur Unterzeichnung und Inkraftsetzung kommen.¹² Für diesen Fall würden z. B. 99 000 t Rindfleisch und 180 000 t Geflügelfleisch zollreduziert bzw. zollfrei aus den

⁸ <https://www.gtai.de/de/trade/ukraine/zoll/update-verlaengerung-der-handelsvorteile-fuer-ukrainische-waren-846866>

⁹ BT-Drs. 20/13455

¹⁰ <https://dserver.bundestag.de/btd/20/134/2013455.pdf>, Seite 8

¹¹ <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/freihandel-das-stille-ende-des-mercotur-abkommens/100057890.html>

¹² <https://www.bayerischerbauernverband.de/mercotur>

Mercosur-Staaten in die EU gelangen.¹³ Studien prognostizieren einen Rückgang der Einkommen in der europäischen und deutschen Landwirtschaft, insbesondere im Bereich Fleischerzeugung.¹⁴

Ein Fortgang der politischen Diskussion ist in jedem Falle anzunehmen, zumal aktuell weitere Abkommen wie der zollfreie Export von Agrarprodukten aus der Ukraine in die EU gelten.¹⁵

Mit dieser Thematik geht eng einher die Forderung nach gleichrangiger Qualität importierter zu heimischen Agrarerzeugnissen - zum ersten aus Gründen des Verbraucherschutzes, zum zweiten aus Gründen des Umwelt- und Tierschutzes und zum dritten aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit. Sonst können unsere heimischen Betriebe im Wettbewerb gegenüber den jetzt schon exportstarken Mercosur-Staaten nicht bestehen. Instrumente und Mechanismen zu entwickeln, welche die Unterschiede zwischen internationalen und hiesigen Standards ausgleichen, sollte nach Möglichkeit stets das zweite Mittel der Wahl bleiben. Vorrangig im Sinne der Ernährungssicherheit und -souveränität ist das Streben nach größtmöglicher Unabhängigkeit vom Nahrungsmittelimport.

Dass man hierzu Strategien entwickelt, die Urproduktion insbesondere in Bereichen mit unzureichendem Selbstversorgungsgrad zu stärken und auszubauen, ist obligatorisch.

Eine klare Herkunftskennzeichnung - auch für verarbeitete Agrarprodukte - stellt Transparenz für den Verbraucher her und kann die Identifikation mit dem betreffenden Erzeugnis fördern.

Kritiker des Mercosur-Abkommens befürchten außerdem eine mit diesem Abkommen einhergehende weitere Rodung von Wäldern in Südamerika.¹⁶ Eine Nichtratifizierung könnte mithin dieser Gefahr entgegenwirken und einen nicht unerheblichen Beitrag zum weltweiten Umweltschutz leisten.

Jens-Christoph Brockmann

Parlamentarischer Geschäftsführer

¹³ ebenda

¹⁴ Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, 2019, „Auswirkungen des geplanten EU-Mercosur-Abkommens auf die Landwirtschaft und die Rindfleischproduktion in Deutschland“, WD 5 – 3000 – 085/19, Seiten 10 und 12

¹⁵ <https://www.ihk.de/pfalz/international/export-import/handel-mit-drittlaendern4/import/abschaffung-von-zoellen-auf-ukraine-importe-5558694>

¹⁶ <https://www.fr.de/wirtschaft/mercosur-ein-abkommen-fuer-den-regenwald-92351249.html>;
<https://www.faz.net/aktuell/fotografie/rodung-in-argentinien-chaco-waelder-durch-mercosur-abkommen-bedroht-18974264.html>